



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE 6 - AUGUST 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

Die **deutschen Steuerzahler**

- haben die zweithöchste Steuerlast der Welt, - das geringste Medianvermögen in der OECD,
- die geringste Eigenheimquote, - zahlen die höchsten Strompreise in Europa
- arbeiten am längsten, - bekommen die geringste Rente und
- sterben früher als die anderen

Wieso müssen wir dann diese Länder „retten“ oder „wiederaufbauen“ oder am besten gleich die ganze Welt retten?



	Deutschland	Italien	Frankreich	Griechenland
Abgabenbelastung:	49,4%	48,0%	46,7%	40,8%
Mittleres Vermögen pro Einwohner: ^[1]	35.313 \$	91.889 \$	101.942 \$	40.000 \$
Wohneigentumsquote:	52,5%	72,4%	65,1%	73,5%
Strompreis pro kWh:	0,3088 €	0,2301 €	0,1778 €	0,1595 €
Renteneintrittsalter:	65,5 (künftig: 67)	62,5	61,2	62
Rentenniveau: ^[2]	50,5%	93,2%	74,5%	53,7%
Gesetz. Urlaubsanspruch und Feiertage:	20 + 9-13 Tage (je nach Bundesland)	20 + 12 Tage	30 + 10 Tage	25 + 12 Tage
Durchschn. Arbeitszeit:	39,1 Jahre	32 Jahre	35 Jahre	33 Jahre
Lebenserwartung: ^[3]	81,0 Jahre	83,4 Jahre	82,9 Jahre	81,9 Jahre

Antwort:

Weil wir von unseren Regierenden belogen und betrogen werden, unserer Grundrechte beraubt und in Altersarmut entlassen werden. Aber unfähige Minister können sich Villen für über 4 Millionen EURO leisten! Das ist Deutschland im Jahre 15 seit Merkel!



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcdwfs.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE 6 - AUGUST 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

Die Hütte brennt! Und keiner löscht...

Bereits vor einem Jahr informierte ich über die faktische **Vernichtung von rund 4 Billionen Euro deutscher Vermögenswerte**.^[1] Mithin wurde die Lebensleistung einer ganzen Generation in nur zehn Jahren durch die Politik verdimmt. Verbessert wurde seitdem nichts.

Das Vermögen ist weg, nun geht es an die Substanz.

Vermögensaufbau oder **Altersvorsorge** werden weiterhin durch die Politik unmöglich gemacht und die Sparvermögen und Renten der Bürger unverändert durch **rechtswidriges Handeln** der Europäischen Zentralbank (EZB) und durch deren Negativzinspolitik entwertet.

Zusätzlich werden die **Rücklagen** der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland **geplündert** durch den weiter anhaltenden Zustrom von Teilnehmern, welche nie einen Euro beigetragen haben und dies großenteils auch nie tun werden.

Die Sparvermögen sind drastisch entwertet, nun geht es an die Substanz. Die Hütte brennt im wahrsten Sinne des Wortes. Wie komme ich zu dieser Einschätzung?

1. Das noch ausgeweitete Aufkaufprogramm von **Ramschanleihen** durch die **EZB**.

2,6 Billionen Euro wurden von der EZB rechtswidrig, wie unser Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, in Schrottpapiere „investiert“.

Dieses Programm wurde nun ausgeweitet auf rund 4,0 Billionen Euro; ebenfalls rechtswidrig und natürlich am Bundestag vorbei. **Deutschland haftet** damit als größter Anteilseigner für über **1.000.000.000.000 Euro** unverkäuflicher Schrottanleihen.

2. Der **Umverteilungs-Haushalt** der EU zu Lasten von Deutschland (siehe Vorderseite).

^[1] www.rainerpodeswa.de/4billionen/

3. Ein **Konjunkturprogramm** wegen „Corona“, welches nur der Ablenkung dient.

Was bringt das 130-Milliarden-Konjunktur-Programm?

Zweifellos ist ein Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft nach dem Einbruch durch die Corona-Maßnahmen nötig.

Doch statt struktureller Revision und nachhaltiger Steuerreduzierungen wird mit planwirtschaftlichen Gewalt agiert, z.B. werden Elektroautos durch Kaufprämien auf den Markt gedrückt, obwohl die Mängel dieser Technologie selbst bei Vorreitern, wie China, inzwischen zur Abkehr von Förderung führten und obwohl davon der „Normalbürger“ in keiner Weise profitiert.

Auch der schwer mitgenommenen baden-württembergische Autoindustrie mit ihren gut 200.000 Arbeitsplätzen und für die angeschlossenen Zulieferer und Maschinenbauer bringt das ideologisch geprägte Paket nichts.

Stattdessen hat sich durch die vorsätzliche Schädigung unserer Wirtschaft die ideale Gelegenheit für **ausländische Staatsfonds** oder **chinesische regierungsnahen Konzerne** ergeben, sich **sehr günstig weitere Anteile an deutschen Unternehmen zu kaufen**.

Wer profitiert vom Konjunkturpaket?

Beispiel: Für die Förderung des „Tierwohls“ will man 300 Millionen Euro raushauen. Wie soll das kurzfristig der Konjunktur helfen?

Offensichtlich durften alle Ministerien, Lobbygruppen, Parteifreunde, etc. ihre Wünsche äußern. Mit einem Konjunkturpaket hat das alles nichts zu tun.

Es ist politischer **Etikettenschwandel!**

Sicher: einige Maßnahmen bringen hier und da ein klein wenig Entlastung, andere wirken in Sachen Forschung langfristig. Aber eher werden mit diesem „Paket“ Löcher gestopft und Kostensteigerungen für die Bürger nur in die Zukunft verschoben. Kurzfristig wird dieses Paket nicht wirklich helfen. **Und woher kommen diese 130 Milliarden Euro überhaupt, wer muss sie bezahlen?** Ein Schelm, wer böses dabei denkt, dass die Regierung schamhaft jeden Hinweis darauf vermeidet, wie dieses enorme Schuldenpaket bezahlt werden soll.

Natürlich zahlt der Steuerzahler. Irgendwann in der nahen Zukunft; möglicherweise nach den Wahlen?

Mehrwert-Steuer-Senkung macht nur dauerhaft Sinn!

Die größte Überraschung ist die zeitweise Umsatzsteuersenkung. Doch bestenfalls werden dadurch die Konsumausgaben um wenige Monate verschoben und **brechen danach wieder ein**. Schlimmstenfalls wird der Zeitpunkt, wenn die Umsatzsteuer 2021 wieder steigt, sogar für Preiserhöhungen missbraucht.

Nur eine dauerhafte Steuer-senkung, wie von der AfD lange gefordert, hätte Sinn gemacht.

So hingegen führt die Regelung nur zu Bürokratie, z.B. muss die Gastro-Branche nun mit vier Steuersätzen in einem Jahr arbeiten, die jeweils unterschiedlich lange gültig sind.

Die AfD-Fraktion hatte frühzeitig eine **Finanzstrategie** vorgestellt. Ein großer Teil unserer Forderungen wurde inzwischen auch von Organisationen wie dem **Bund der Steuerzahler** geäußert. Nur die Regierung schläft noch.

Mehr dazu unter: <https://corona.afd-fraktion-bw.de>

Helfen Sie uns diese Politik zu ändern!
Mit Ihrer Mitgliedschaft oder Spende:

Empfänger: AfD Kreisverband Heilbronn
IBAN: **DE 3462 0901 0003 8301 5006**
Verwendungszweck: Spende

Geben Sie zudem im Verwendungszweck Ihre Anschrift an, falls Sie eine Spendenbestätigung fürs Finanzamt möchten.

Jetzt Mitglied werden unter www.afd.de/mitglied

Quellen nachlesbar unter: www.rainerpodeswa.de/wiederaufbau



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfd.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Deckblatt	1
Die Hütte brennt und keiner löscht.....	2
Inhaltsverzeichnis.....	3
Kommentar von Rodolfo Panetta „Medienmacht und Demokratie im Parteienstaat“	4
Veranstaltungshinweise.....	5
Veranstaltungshinweis mit Jürgen Schöttle.....	6
Pressemitteilung über Veranstaltung mit Dr. Dirk Spaniel.....	7/8
Pressemitteilung über die Zustände in der Fleischindustrie.....	9/10
Pressemitteilung über Veranstaltung mit Michael Malcher.....	11/12
Sommertour durch den Kreis Calw-Freudenstadt mit dem Landesvorstand.....	13
Polizisten in der AfD – Bericht von Thomas Klostermann.....	14-17
Leserbriefe.....	18-25
Zu guter Letzt	26/27



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE_6_AUGUST 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

Kommentar: Medienmacht und Demokratie im Parteienstaat

Hat politische Vernunft in Deutschland noch eine Chance? CDU/CSU und FDP verraten täglich ihre früheren Prinzipien. Der Linken gelingt es vereinzelt, sozialpolitische Versäumnisse aufzugreifen, doch was nützt das, wenn diese Partei dem Islam, dem Kommunismus und der verbrecherischen, gewalttätigen Antifa die Tore öffnet? Unterdessen beschäftigt sich die AfD mit sich selbst.

Gewiß, wir brauchen eine Hinwendung unserer Partei zur Sachpolitik. Aber eine gute Sachpolitik, wie sie bei uns in den Landkreisen CW und FDS bereits gemacht wird, kann nur auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die Medien darüber auch berichten. Das wissen unsere Feinde und sie handeln entsprechend. Deshalb braucht die AfD ein Konzept, wie sie auf Medienblockade und Ausgrenzung reagieren sollte. Manche sagen: Demonstrationen organisieren, Flugblätter verteilen. Dazu kann ich nur sagen: Beim Verteilen von Flugblättern geht uns früher oder später die Luft aus. Wir können nicht mühevoll das zu Fuß leisten, was die andern von ihren Kumpanen in den Redaktionen gratis bekommen: den direkten Zugang zum Bürger. Außerdem: Ein Zeitungsbericht überzeugt mehr als ein Flugblatt. Der Zeitungsbericht gilt als "objektiv", das Flugblatt gilt als "Propaganda" und landet meistens ungelesen im Müll. Der ungehinderte Zugang der Opposition zu den Massenmedien ist die Grundvoraussetzung für eine Demokratie. Deutsche Lügenmedien benützen oft das Wort Opposition und meinen nur Linke, Grüne und FDP. Das ist Absicht und reine Volksverdummung.

Die Taktik der linken Kräfte in unserem Staat ist es, allen Parteien ihre Grundsätze aufzuzwingen. Wer diese nicht beachtet, gilt als Unmensch und Antidemokrat. Wer keine Frauenquote einführt, wer der Gender-Ideologie widerspricht, wer Homosexualität nicht gesetzlich verankern will, wer ungeborene Kinder schützen will, wer nicht jedem Menschen auf diesem Erdball dieselben Rechte in Deutschland gewähren will, wer das heilige Asylrecht in der heutigen Form infrage stellt, wer die Dogmen des Klimawandels oder der Corona-Krise antastet, der sei ausgeschlossen! Außerdem gilt jeder als verfeimt, der "mit Leuten wie Björn Höcke etwas am Hut hat". Und sollte Höcke irgendwann aus der AfD ausgeschlossen werden, kommt der nächste "Nazi" dran. Es geht nämlich in Wirklichkeit darum, jede Verteidigung Deutschlands und seiner Interessen zu kriminalisieren. - Es führt kein Weg daran vorbei, die Deutungshoheit der Linken, der sich Union und FDP längst unterworfen haben, zu brechen. Gesagt ist das leicht, es zu tun ist schwer.

Mein Lösungsansatz, gereift im Erleben von jahrzehntelanger politischer Diskriminierung, lautet: Wir erkennen diesen Parteienstaat nicht als Demokratie an, solange die demokratischen Grundsätze, wie sie in der Adenauer-Zeit galten, nicht wiederhergestellt werden. Eine Zensur findet nicht statt! Die politischen Inhalte einer Oppositionspartei sind wertfrei zur Kenntnis zu nehmen und müssen über die öffentlichen Medien dem Volke vermittelt werden dürfen. Unbeschadet dessen entscheidet der Wähler, was er für richtig hält. Nur so kann die politische Meinungs- und Willensbildung vom Volke ausgehen.

Rodolfo Panetta



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *

Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)

Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *

Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VjSdG): Günther Schöttle, Sprecher des

Kreisverbandes Calw-Freudenstadt



Bekanntmachung

Kontaktadresse der Kreisgeschäftsstelle:

Am Lenzenrain 4
72202 Nagold

Sprechzeiten unserer Kreisgeschäftsstelle:

Dienstag und Donnerstag von
15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
und nach Vereinbarung
Tel. 07452 / 9 31 63 40
Fax: 07452 / 8 19 47 62

außerhalb der Sprechzeiten:
Tel. 07452/8 38 94 69

**Vorankündigung:
„Herausforderung der
Energiewende“
am 13.11.2020
mit Herrn Jürgen Schöttle
(Energieexperte)**

Veranstaltung am

Freitag, den 18.09. 2020, 19.00Uhr

**Gasthof Linde in
72213 Altensteig-Spielberg
Schwarzwaldstraße 1**

mit

Dirk Spaniel (MdB)
zum Thema

**Corona
und die wirtschaftlichen
Folgen**

Podiumsdiskussion

**mit Alice Weidel
Markus Frohnmaier
Martin Hess**

**am 09. Oktober 2020,
19.00 Uhr**

**Kurhaus Freudenstadt
Lauterbadstraße 5,
72250 Freudenstadt**



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 / 9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt



DER AfD-BOTE

Informationen – Veranstaltungen – Termine – Meinungen – Presse

AUSGABE_6_AUGUST 2020

aus dem Wahlkreis Calw-Freudenstadt

DIE HERAUSFORDERUNG DER ENERGIEWENDE

Wie können wir eine Energiewende erfolgreich realisieren



Dipl. Ing. Jürgen Schöttle
spricht

am 13. November 2020, 19.00 Uhr

Zu dem Thema „DIE HERAUSFORDERUNG DER ENERGIEWENDE“ hält
der Referent, Dipl. Ing. Jürgen Schöttle einen kritischen Vortrag zur
Energiepolitik in Deutschland.

Herr Schöttle konnte sich in 40 jähriger Berufszeit mit der Auslegung,
Konstruktion, Bauleitung, Inbetriebsetzung und Service von Kraftwerken
aller Art großes Wissen über die Energieerzeugung und Energieverteilung
aneignen.

In seinem PowerPoint Vortrag beschäftigt sich der Experte mit der
bisherigen Situation der Energieerzeugung in Deutschland, mit den
Konsequenzen des Ausstieges aus der Kernenergie und den fossilen
Kraftwerksanlagen, sowie dem geplanten, massivem Ausbau der
regenerativen Energien. Außerdem bewertet er die technischen und
finanziellen Herausforderungen der Energiewende bis hin zu zukünftigen
Stromkosten.

Er vermittelt die naturwissenschaftlichen Grundlagen und Zusammenhänge
bei der Erzeugung, Speicherung, Verteilung und Verbrauch von
elektrischer Energie. Er zeichnet die generellen Möglichkeiten der
Erzeugung auf, geht auf die Besonderheiten der einzelnen
Erzeugungsmöglichkeiten ein und bewertet die Wirtschaftlichkeit, die
Versorgungssicherheit sowie die Umweltverträglichkeit.
Er kommt mit seinen Analysen zu dem Schluss, dass bei Beibehaltung der
bisherigen politischen Beschlüsse das bestehende System der
Energieerzeugung und Verteilung in eine unwirtschaftliche, durch
Subventionen geprägte Planwirtschaft überführt wird. Die Energiewende
wird dadurch erhebliche, volkswirtschaftliche Auswirkungen haben, da sich
die Versorgungssicherheit und die Wirtschaftlichkeit massiv verändern.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452/ 93 16 34 0 und Tel.: 07452/83 89 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afd-cw-fds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Pressemitteilung über Veranstaltung mit Dr. Dirk Spaniel am 07.08.2020 in Altensteig zum Thema: Verkehrspolitik – Zukunft unserer Automobilindustrie



Welche Zukunft hat die deutsche Automobilindustrie? Zu diesem Thema lud der AfD-Kreisverband Calw-Freudenstadt den verkehrspolitischen Sprecher der eigenen Bundestagsfraktion Dr.-Ing. Dirk Spaniel an Werktagen nach Altensteig ein. Sprecher Günther Schöttle malte eingangs vor über 30 Besuchern ein düsteres Bild der gegenwärtigen Lage: In vielen Firmen fast leere Fabrikhallen, unbeheizte Büros und freie Parkplätze an Freitagen wiesen auf eine schlecht gewordene Auftragslage bei der hiesigen Autoindustrie und ihren Zulieferern hin. Drastische Einbrüche verzeichneten auch die Flughäfen Frankfurt und Stuttgart, viele 1000 Arbeitsstellen sollen abgebaut werden. Um 12 Prozent sei das Bruttoinlandsprodukt gesunken, die Staatsschulden stiegen ins Unermessliche. Dass die Regierung in dieser Situation Beamten eine Zusatzprämie von 3500 Euro gewähren will, lasse ihn fragen: Was ist los mit unserem Land? In Deutschland fehle der offene Diskurs über die entstandenen Probleme, Kritik der Opposition werde unterdrückt.

Dirk Spaniel, der früher als Entwicklungsingenieur tätig war, erhob schwere Vorwürfe gegen eine Politik, die der Autoindustrie ihre Ideologie aufgezwungen habe. Die dramatische Absenkung der CO₂-Emissionswerte habe dazu geführt, dass

der zulässige Flottenverbrauch bei deutschen Herstellern insgesamt nicht mehr eingehalten werden konnte.

Dies habe zu einer „kreativen Interpretation der Regeln“ geführt. Durch die überzogenen Zielvorgaben würden Strafzahlungen beim Verkauf eines jeden Autos fällig, die sowohl bei den Benzinern als auch beim Diesel die Gewinnmargen überschritten. Beim Verkauf einer Million Autos summierten sich die Strafen auf fünf Milliarden Euro. Spaniel: „Das hält kein Betrieb aus.“

Dies bedeute die böswillige Abschaffung der Autoindustrie in Europa durch die Politik. Der Beschluss, ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos zuzulassen, werde den Umstieg auf den Elektroantrieb erzwingen, was aber schwerwiegende Folgen haben werde. Derzeit lägen 95 Prozent der Arbeitsplätze beim Verbrenner, nur fünf Prozent beim Elektroauto.

Dessen Wertschöpfung erfolge aber vorwiegend nicht in Deutschland sondern in Asien, bedingt durch die um ein Drittel niedrigeren Herstellungskosten. Die vollautomatische Batterieherstellung schaffe keine neuen Arbeitsplätze und sei in Deutschland nur durch hohe Subventionen möglich. Ein Kleinwagen an einer üblichen häuslichen Ladestation benötige viel zu lange Zeit. Leistungsstärkere Ladestellen erhöhten die Kosten deutlich: „Die wenigen Tankstellen mit Schnellladern haben den Strombedarf einer Kleinstadt.“ Schon die Produktion einer 80 kWh-Batterie verbräuche Strom für 3500 Euro. Bei derzeitiger Planung würden 1,5 Millionen Ladestellen benötigt. Spaniel: „Wie stellen sich das die Politiker vor? Wie soll die Lebens- und Arbeitsplanung künftig aussehen? Woher soll der Strom kommen? Mit erneuerbaren Energien ist das nicht zu machen, auch wenn alle zwei Kilometer eine Windkraftanlage steht.“



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Pressemitteilung über Veranstaltung mit Dr. Dirk Spaniel am 07.08.2020 in Altensteig zum Thema: Verkehrspolitik – Zukunft unserer Automobilindustrie

Der Kostenrechnung Spaniels zufolge werden die Marktchancen des E-Autos sehr begrenzt sein. Infolge solcher Politik werden seiner Prognose zufolge Dreiviertel der Verbrennungsmotoren künftig in Asien, in Nord- und Südamerika produziert, während der Bau von konventionellen Autos in Europa absterbe. Die Produktion werde abwandern, es gäbe keinen Export mehr. Autoindustrie und Zulieferer würden 500000 Stellen verlieren, das BIP deutlich zurückgehen. Die Folgen für die Gesamtwirtschaft seien fatal.

Als Alternative zu solcher Politik nennt Spaniel die Verwendung von synthetischem Sprit aus Abgas, der CO2-neutral hergestellt wird. Der Antrag der AfD-Fraktion, diese Technik bei den Abgaben dem E-Auto gleichzustellen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt, obwohl es sich um eine praktikable und bezahlbare Lösung handle. Der Wasserstoffantrieb berge noch viele Unbekannte.

Die wenigen damit ausgerüsteten Fahrzeuge - wie jenes von Ministerpräsident Kretschmann - seien „teure Experimentierobjekte“. Die AfD habe die Entwicklung der Automobilindustrie und der Mobilität der Zukunft zum Thema der kommenden Landtagswahl gemacht.

Rodolfo Panetta –Pressesprecher-

Leider wurde unsere Pressemitteilung bis heute nicht veröffentlicht



Pressemitteilung vom 28.07.2020 über die Zustände in der Fleischindustrie

AfD: Regierende Politiker tragen Schuld an Zuständen in der Fleischindustrie

Die AfD in den Landkreisen Calw und Freudenstadt fordert die Rückkehr zu artgerechter Haltung und Schlachtung von Tieren. Dadurch würden unnötige Tiertransporte vermieden und kleinere, regionale Schlachthöfe bei uns gestärkt. Diejenigen, welche die gegenwärtigen Zustände erst möglich gemacht hätten, seien in Haftung zu nehmen, verlangt Sprecher Günther Schöttle. Er bezieht sich in seiner Kritik auf die Vorgänge bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück, erwähnt jedoch auch die Großschlachtereie Müller im Enzkreis. Schöttle spricht von "unsäglichen Tiertransporten". Alleine bei Tönnies würden täglich 30000 Schweine angeliefert und von 8000 Metzgern, vornehmlich aus osteuropäischen Ländern, geschlachtet. Dies sorgte für ein gigantisches Verkehrsaufkommen mit entsprechenden Belastungen für Menschen, Tiere und Umwelt. Kein Metzger aus Rumänien fahre "für einen derartigen Knochenjob gerne nach Deutschland, um dort in unwürdigen Unterkünften zu hausen".

Schöttle belegt seine Kritik mit Hinweis auf die EU-Hygieneverordnungen 852 und 853 von 2004, die zu einem massiven Metzgerei- und Schlachthofsterben bei uns auf dem Lande geführt hätten. Deutsche Leitmedien täten gegenwärtig alles, um Schmutz auf die Großschlachtereien zu werfen und "persönliche Haftung der Führungskräfte" zu verlangen, vergäßen dabei aber immer zu recherchieren, dass die Ursache für solche Strukturen von der Politik selbst gelegt wurde. Infolge der Brüsseler Regulierungswut seien Großbetriebe wie Tönnies und Müller Fleisch "geradezu explodiert" und hätten die Stelle der unzähligen Kleinschlachtereien eingenommen:

"Das Schlachthofsterben hatte seinen Ursprung in Brüsseler Amtsstuben."

Schöttle empfindet es als merkwürdig, dass "dieselben Politiker, die immer noch mehr Befugnisse nach Europa abtreten wollen", sich jetzt in "Drohungen, Maßregelungen und Vorverurteilungen" gegenüber den Unternehmen übertrügen, deren Geschäftspraxis sie durch ihre Gesetze erst ermöglicht hätten.

Nicht "vollmundige Sprüche" wie jener von Arbeitsminister Hubertus Heil, "der aufräumen und durchgreifen wolle", seien jetzt angesagt, sondern die Korrektur der falschen Politik. Der Fall des früheren Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel zeige zudem eine unheilvolle Rolle ausgeschiedener Politiker. Auch Gabriel habe "als Berater" von Tönnies "Bares" erhalten.

V.i.S.d.P. Rodolfo Panetta



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Immerhin:

Nach mehrmaliger mündlicher und schriftlicher Aufforderung bei der Presse wurde unsere Pressemitteilung vom 28.07.2020 dann am 14.08.2020 doch noch veröffentlicht – ein Dankeschön an den SchwaBo

Freitag, 14. August 2020

»Ursache liegt in der Politik«

Corona | AfD will Tiertransporte vermeiden

Die AfD in den Landkreisen Calw und Freudenstadt fordert die Rückkehr zu artgerechter Haltung und Schlachtung von Tieren.

Nordschwarzwald. Dadurch würden unnötige Tiertransporte vermieden und kleinere, regionale Schlachthöfe vor Ort gestärkt. Diejenigen, welche die gegenwärtigen Zustände erst möglich gemacht hätten, seien in Haftung zu nehmen, so Sprecher Günther Schöttle. Er bezieht sich in seiner Kritik auf die Vorgänge bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück genauso wie auf die Großschlachtereie Müller im Enzkreis. Die Tiertransporte seien »unsäglich«.

Schlachthofsterben auf dem Lande geführt hätten. Die Ursache für solche Strukturen seien von der Politik selbst gelegt worden. Dadurch sei die Zahl der Großbetriebe »geradezu explodiert«.

Schöttle bezeichnet es als merkwürdig, dass »dieselben Politiker, die immer noch mehr Befugnisse nach Europa abtreten wollten, sich jetzt in Drohungen, Maßregelungen und Vorverurteilungen« gegenüber den Unternehmen überträfen, deren Geschäftspraxis sie erst ermöglicht hätten.

Der Fall des früheren Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel als Berater bei Tönnies zeige zudem »eine unheilvolle Rolle« ausgeschiedener Politiker.

Metzger hausen in »unwürdigen Unterkünften«

Alleine bei Tönnies würden täglich 30 000 Schweine angeliefert und von 8000 Metzgern, vornehmlich aus Osteuropa, geschlachtet. Dies sorge für ein gigantisches Verkehrsaufkommen mit Belastungen für Menschen, Tiere und Umwelt. Kein Metzger aus Rumänien fahre »für einen derartigen Knochenjob gerne nach Deutschland«, um dann »in unwürdigen Unterkünften zu hausen«.

Mitursächlich seien die EU-Hygieneverordnungen 852 und 853 aus dem Jahr 2004, die zu einem Metzgerei- und



Bei Müller Fleisch gab es eine große Zahl an Corona-Infektionen.

Foto: Deck



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Pressemitteilung vom 23.08.2020 über unsere Veranstaltung mit Michael Malcher zum Thema Waffenrecht



Norbert Richter mit Michael Malcher

"Ein Staat ist nur so frei wie sein Waffenrecht." Dieses Zitat von Gustav Heinemann stellte Michael Malcher am Freitag in Spielberg über seinen Vortrag beim AfD-Kreisverband Calw-Freudenstadt. Geschäftsstellenleiter Norbert Richter begrüßte den Kreisoberschützenmeister aus Backnang vor 30 Gästen, darunter auch viele Sportschützen und Jäger. Malcher, der für die AfD auch als Stadt- und Kreisrat amtiert, vermochte seinen Zuhörern auf lebendige Weise die trockene Rechtslage zu vermitteln, welche derzeit mit Inkrafttreten des 3. Waffenrechtsänderungsgesetzes in Umsetzung der aktuellen EU-Firewaffenrichtlinie neu geregelt wird. „Anstatt das Waffenrecht endlich zu vereinfachen“, so Malcher, „wird es immer komplizierter“. Allein zur Aufbewahrung von Waffen umfassten die Gesetzestexte 4.664 Wörter.

Das Waffenrecht wurde und werde ständig verschärft, so Malcher.

Dabei vollführe die Gesetzgebung stets großen Aktionismus. Seien es der RAF-Terror in den Siebzigern, die Amokläufe in Erfurt 2003, Winnenden und Wendlingen 2009 oder die IS-Anschläge 2015 im „Batanclan“ in Paris, die als

Begründung für die neue EU-Waffenrechtsverschärfung herangezogen würden, alle Taten seien mit Waffen aus illegalem Besitz durchgeführt worden. Mit den Verschärfungen treffe man ausschließlich die 1,5 Millionen unbescholtenen und rechtstreuen Waffenbesitzer: „Der gemeine Straftäter oder Terrorist schert sich nicht um ein deutsches Waffengesetz und wird auch kein Jäger oder Mitglied in einem Schützenverein“.

Im Verlauf des Abends erklärte Malcher die wesentlichen Änderungen, die ab 1. September 2020 in Kraft treten. So werde das Nationale Waffenregister weiter ausgebaut, um jede Waffe „von der Herstellung bis zur Vernichtung“ lückenlos nachvollziehen zu können. Sportschützen erwarte nun eine Bedürfnisprüfung in fünfjährigem Turnus. Der Besitz "großer" Magazine werde bis auf wenige Ausnahmen verboten, Salutwaffen werden waffenrechtlich neu eingestuft.

Bisher frei verkäufliche Dekorationswaffen werden anzeigepflichtig. „Wer die entsprechenden Übergangsfristen versäumt, wird automatisch kriminalisiert“, warnte Malcher die Anwesenden.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Fortsetzung: Pressemitteilung vom 23.08.2020 über unsere Veranstaltung mit Michael Malcher zum Thema Waffenrecht

Mit der gravierendsten Änderung hatte es die Regierung jedoch sehr eilig: die „Regelabfrage“ beim Verfassungsschutz im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung. Diese müsse bereits seit 20. Februar 2020 erfolgen, und zwar nicht nur beim Neuerwerb eines Sportgeräts, sondern in regelmäßigen Abständen bei jedem Sportschützen, Jäger oder sonstigem Legalwaffenbesitzer. Galt man bisher als unzuverlässig und verlor seine Waffen, wenn man einer vom Verfassungsschutz verbotenen Vereinigung oder Partei angehörte, so reiche es nun aus, wenn diese als „Verdachtsfall“ gelte. Da nach Einschätzung Malchers gerade konservative Menschen eher waffenaffin und klassische AfD-Wähler sind, sei ihm klar, warum die Regierung es mit dieser Änderung – die von der EU gar nicht gefordert wurde – so eilig hatte: „Es hat nicht nur den Anschein, hiermit die größte und einzige echte Oppositionspartei schwächen zu wollen“.

Ein Zuhörer beklagte, Deutschland stehe mit seinem strengen Waffenrecht völlig isoliert da. Der Schernbacher Kreisrat Richard Koch meinte als betroffener Jäger, viele Bestimmungen dienten nicht der Sicherheit sondern der Schikane. Uwe Hellstern pflichtete ihm bei: "Die größten Unsinnigkeiten kommen aus Deutschland."

Malcher warnte davor, Vorschriften auf die leichte Schulter zu nehmen. Er mache seine Zuhörer schlau, damit Fehler nicht passieren. Nicht nur Schießsportler und Jäger, auch der ganz normale Bürger, wie zum Beispiel der Handwerker, der mit seinem Multitool-Messer in der Vesperpause zum Metzger geht, könne mit dem Waffenrecht in Konflikt geraten und unwissentlich eine Strafanzeige wegen „Führens einer Waffe“ riskieren.

V.i.S.d.P.: Rodolfo Panetta

Anmerkung: Pressemitteilung wurde bis heute nicht veröffentlicht



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

So wurde die Sommer-Tour des AfD-Landesvorstandes angekündigt

Das AfD-Info-Mobil kommt.....

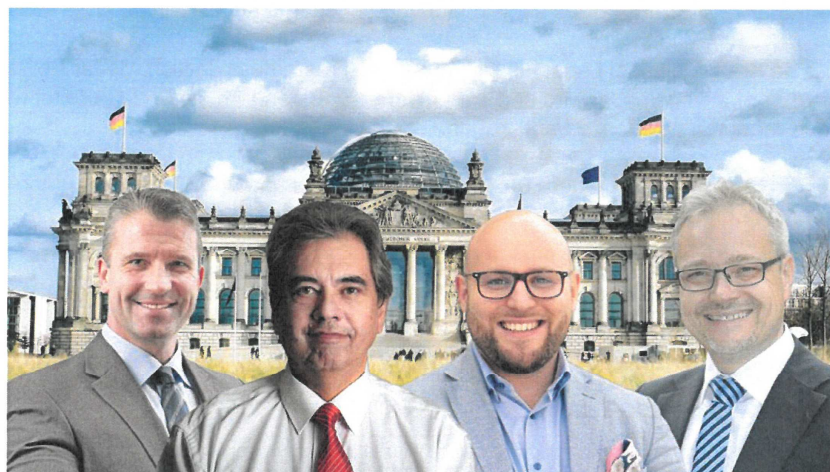


Sommer – Tour durch die Kreise Calw und Freudenstadt

am Montag, den 24. August 2020

10.30 Uhr in Calw, 13.30 Uhr in Nagold und um 16.30 Uhr in
Freudenstadt

Der AfD-Landesvorstand kommt mit dem Tour-Anhänger. Erleben Sie einen Sommertag mit interessanten Diskussionen. Stellen Sie Fragen an unsere Abgeordneten Martin Hess (MdB), Volker Kek (MdL), Markus Frohnmaier (MdB) und Marc Bernhard (MdB)



Unsere Fraktionsvorsitzende, Frau Angelika Reutter in Calw (Marktplatz) ab 10.00 Uhr, Stadt- und Kreisrat Günther Schöttle ab 13.00 Uhr in Nagold (Juwelier Kalmbach, Turmstraße) und Herr Dr. Uwe Hellstern, Fraktionsvorsitzender um 16.00 Uhr in Freudenstadt (Marktplatz) stehen für Sie in den jeweiligen Orten bereit.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Und so wurde unsere Pressemitteilung der Presse übergeben
Auf dem Freudenstädter Marktplatz (v.l.n.r.) Dr. Marc Bernhard, Dr. Uwe Hellstern,
Norbert Richter, Angelika Reutter, Günther Schöttle und Dr. Volke Kek



Im Rahmen ihrer Sommer-Tour durch Baden-Württemberg kamen Politiker der AfD am Montag nach Calw, Nagold und Freudenstadt. Die Bundestagsabgeordneten Marc Bernhard, Markus Frohnmaier und Martin Hess sowie Landesvorstandsmitglied Volker Kek sprachen an Info-Ständen zu Themen der Wirtschaft, der Corona-Krise, der Energieversorgung und des Naturschutzes.

Sie wurden begleitet von Sprecher Günther Schöttle, den Fraktionsvorsitzenden in den Kreistagen Angelika Reutter und Uwe Hellstern sowie Geschäftsstellenleiter Norbert Richter.

In Nagold kam es zu Protesten von einigen Herrenberger Antifa-Mitgliedern und von "Omas gegen Rechts". Die Polizei in Nagold hielt die Antifa auf Distanz zum AfD-Info-Stand.

Die Vertreterinnen der "Omas gegen Rechts" beteiligten sich an der Diskussion mit Wortmeldungen.

In Freudenstadt wurden genehmigte Ankündigungsplakate in der Straßburger Straße und am Stadtbahnhof zerstört oder entwendet. Die AfD hat Anzeige erstattet.

V.i.S.d.P.: Rodolfo Panetta

Anmerkung:

Auch diese Pressemitteilung wurde bis heute nicht veröffentlicht, während der neue CDU-Kandidat Mack und die Saskia Esken (SPD) eine Dauerpräsenz im SchwaBo erhalten.

Es geht wieder los....

Wie immer in Wahlkampfzeiten ist der Schwarzwälder Bote der beste „Wahlhelfer“ der etablierten Parteien



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Polizisten in der AfD – ein Beitrag von Thomas Klostermann

Liebe Parteifreunde,

es gibt wieder etwas Spannendes zu berichten!

In der letzten Zeit wurde unsere deutsche Polizei sehr oft angegriffen. Die unqualifizierten und öffentlichen Kommentare einer Frau Saskia Esken sind fast allen interessierten Lesern und Hörern bekannt. Dazu befeuern viele Medienvertreter mit ihren mageren Recherchen diese Thematik ebenso und verunsichern einen Teil unserer Bürger mit Vorurteilen. Sehr viele Bürger glauben es dann auch, da sie meist nur die Tagespresse und die öffentlich-rechtlichen Nachrichten mitbekommen. Auch der Verfassungsschutz dreht sich wie eine Fahne im Wind.

Seit Jahren lese ich die Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und tausche Beiträge und Informationen mit anderen Lesern aus. Fast immer waren negative Berichte über die AfD zu lesen. Der GdP-Vize Jörg Radek schrieb ständig heftige Artikel gegen die AfD. Sein Kollege, GdP-Bundesvorsitzender Dietmar Schilff, ist um nichts besser. Immer wieder hatten sie Freude an Begriffen wie z. B. „Rechts-extremismus“, „Radikalismus“, „Haß und Hetze“, „Antisemitismus“ und „Rassismus“. Dies sind nur ein paar Begriffe, die Phantasie geht bei denen noch viel weiter. Könnte sogar mit einigen Ängsten verbunden sein.

Parallel dazu widersprechen sich die Schreiberlinge immer wieder. In Pressemitteilungen ist zu lesen:

Die Wertschätzung der Bundesregierung für die Arbeit der Bundespolizei ist über viele Jahre nicht spürbar gewesen. In den letzten 3 Jahren habe ein leichtes Umdenken stattgefunden. Es gäbe nun den Versuch Stellen neu zu besetzen. Leider stehen die Bewerber nicht Schlange und eine qualifizierte Ausbildung dauert nun mal.

Für den Vertrauensverlust ist das aber zu spät.

Die GdP und andere Gewerkschaften (z. B. Verdi, DGB) warnten im vergangenen Jahr vor Sympathien in der Polizei für die AfD. Wie groß diese sind, darüber gibt es keine verlässliche Studie. "Ein Indiz ist die Anzahl der Polizeibeamten, die sich auf Wahllisten wiederfinden oder aber auch in kommunalen Parlamenten.", sagt Martin Thüne (Polizei-wissenschaftler).

In Mitteldeutschland sitzen für keine andere Partei so viele Polizeibeamte in den Landtagen wie für die AfD. Es gibt Warnungen vor Polizisten in der AfD! Das wird oft in der GdP Zeitung den Mitgliedern schriftlich dargelegt. Man will das auf allen Ebenen unterbinden und verhindern. Das wird aber in den Bundesländern teilweise anders gewünscht.

Im Bundestag und in allen Landtagen sind z. B. drei Parteien mit den meisten Angehörigen oder ehemaligen Angehörigen der Polizei als Abgeordnete tätig.

Tatsächlich sitzen für die AfD mit 5,9 Polizeiangehörigen auf 100 Abgeordnete doppelt so viele wie für die CDU/CSU (2,6) und für die SPD (3,1) in den Landtagen und im Bundestag. Die Anzahl von Polizeiangehörigen bei den anderen Parteien wie Linke, Grüne und FDP sind verschwindend gering.

Die Zahlen von Zollbeamten in der AfD liegen mir nicht vor. Ich weiß aber, daß es sie gibt. Doch die Zustimmung unter den Beamten für die AfD scheint teilweise zu bröckeln, weil ihnen gedroht wird. Den Beamten drohen berufliche Konsequenzen. Einzelne Beamte verließen die AfD mit Verweis auf den inzwischen aufgelösten radikalen AfD-"Flügel". In der Summe hatte die AfD 23 Angehörige und ehemalige Angehörige der Polizei in den Parlamenten sitzen. Davon traten 3 in den vergangenen Jahren aus.



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VfSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Fortsetzung: Polizisten in der AfD

Zwei im Bundestag, einer im Bayrischen Parlament. Das Thüringer Innenministerium warnte in einem Schreiben an die über 8.000 Polizisten des Freistaates vor disziplinarrechtlichen Maßnahmen.

Beamte aus sicherheitsüberprüften Bereichen mußten in Fragebögen ihr Verhältnis zum formal aufgelösten "Flügel" der AfD erklären.

Thüringens Innenminister Georg Maier spricht sich konsequent gegen Verfassungsfeinde bei der Polizei aus. "Ich möchte nicht, dass extremistisches Gedankengut in unseren Reihen Platz hat oder sich sogar noch verbreitert", sagt der Innenminister des Freistaates, Georg Maier (SPD). Die Beamten hätten einen Eid auf das Grundgesetz und auf die damit verknüpften Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geschworen. Wenn es Polizisten im "Flügel" gebe, "müssen wir uns als Dienstherr Gedanken machen, wie gehen wir damit um. Gegebenenfalls gibt es disziplinarrechtliche Konsequenzen."

Hier noch ein Beispiel von vielen: Wie wirkt die Drohung des Innenministers auf die Beamten? Der LKA-Beamte Sebastian Thieler ist 2019 für die AfD zur Landtagswahl angetreten. Thieler schaffte es nicht ins Thüringer Parlament. Im März trat er aus der AfD aus, vier Stunden nach [Bekanntgabe der Einstufung durch den Verfassungsschutz](#). "Das war so eigentlich das i-Tüpfelchen." Sebastian Thieler kennt einige Kollegen bei der Polizei, die in der AfD seien. Darunter seien Kollegen, die sich Gedanken machten und ausgetreten sind. "Ich kenne nicht wenige davon." Aber nicht alle ließen sich von den Drohungen des Ministers beindrucken. "Es gibt bei uns Hardliner, die sagen: „Es interessiert mich nicht, ich bin zu 100 Prozent dabei.“"

Der LKA-Beamte Sebastian Thieler verließ die AfD, nachdem die Partei vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wurde. Aber wie gehen die Behörden mit den Hardlinern um? Torsten Czuppon verlor seine Stellung als

Gruppenleiter der Wasserwerferstaffel, durfte aber weiter im Streifendienst arbeiten und Strafanzeigen bearbeiten. Das Disziplinarverfahren gegen ihn ist nach zweieinhalb Jahren immer noch nicht abgeschlossen. Warum wohl nicht?

Nach der dramatischen Zunahme von Gewaltexzessen gegen Polizeibeamte fordert die AfD bessere Ausrüstung und mehr Solidarität mit der Polizei!

In den Ausschreitungen in Frankfurt/Main in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 2020 sieht AfD-Landessprecher **Klaus Herrmann MdL** einen weiteren Beleg dafür, dass die innere Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet ist. Angesichts dieses Umstandes sei es geboten, eine umfängliche Aufklärung über die Gewalttätigkeiten und die Identität der daran Beteiligten herzustellen. Die politisch Verantwortlichen müssten zudem Sorge dafür tragen, dass unsere Polizeibeamten für derartige Einsätze besser ausgerüstet werden:

„Wir sehen, wie relativ harmlose Situationen sehr schnell eskalieren können. Das macht Einsätze für die Polizei immer gefährlicher. Dietzenbach und Stuttgart sind nur die jüngsten Beispiele. Wir fordern eine schnelle Aufklärung von der Polizei über die Ursache. Des Weiteren fordern wir, dass die Nationalität der Täter umgehend öffentlich gemacht wird.“

Bei der kürzlich präsentierten Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik 2020 hatte CDU-Innenminister Peter Beuth noch vollmundig behauptet, dass Hessen ein sicheres Land sei, und einen „Start in ein sicheres Jahrzehnt“ versprochen. Das sei, so AfD-Landessprecher Herrmann, nun Makulatur: „Wenn so der Start in ein sicheres Jahrzehnt aussieht, möchte ich nicht wissen, was der Innenminister unter dem Wort unsicher versteht.“



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidSG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Fortsetzung: Polizisten in der AfD

Solche Worte seien Hohn für alle Beamten, die Tag und Nacht ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren. Es sei nun dringend geboten, die Polizisten auf ein sehr unruhiges Jahrzehnt vorzubereiten, um im Sprachstil des Innenministers zu bleiben. „Wir müssen unsere Einsatzkräfte mit allem ausstatten, was nötig ist, um Hinterhalte wie in Dietzenbach und plötzlich eskalierende Situationen sofort in den Griff zu bekommen“, so Herrmann. „Dietzenbach und nun Frankfurt – die AfD fordert von Innenminister Peter Beuth (CDU) alles zu tun, um unsere Innenstädte endlich wieder sicher zu machen. Sollte er damit überfordert sein, muss er Konsequenzen ziehen.“

Vor einer schon vom Ansatz her erwartbar ideologisierten Studie muss die Polizei geschützt werden!

Der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, **Dr. Gottfried Curio**, hat den Wegfall der Durchführung der sogenannten Racial Profiling Studie bei der Polizei begrüßt. Die Studie hätte vor allem dazu dienen sollen, vorgefaßte linke Klischees zu bedienen. Jeder Fall von Racial Profiling kann längst angezeigt werden. Daß Polizisten aber pauschal als rassistisch verdächtig werden, ist nicht im Sinne des gesellschaftlichen Friedens und gefährdet die öffentliche Ordnung. Polizeihaß soll so salonfähig werden. Wenn Polizisten unter den Generalverdacht des Rassismus gestellt werden, werden sie gehemmt, Ausländer zu kontrollieren und gegebenenfalls festzunehmen. So soll die festgestellte Ausländerkriminalität sinken und ein zentrales Argument gegen Zuwanderung abgeräumt werden. Das ganze Vorhaben ist ebenso abzulehnen wie das ganz ähnlich gestrickte Berliner Anti-Diskriminierungsgesetz, das eine Beweislastumkehr zuungunsten der Polizei beinhaltet. Und auch die Argumente, mit denen die Ankündigung des Innenministers jetzt kritisiert

wird (,wer nichts zu verbergen hat, der hat ja nichts zu befürchten‘ und ,wir brauchen ja erst einmal Daten, um zu wissen, wie es darum steht‘), zeigen: Die Umkehr der Beweislast ist publizistisch bereits vollzogen. Man setzt einen Generalverdacht einfach behauptend in den Raum – und dann heißt es: Nun widerlegt mal schön. Wer diese untersuchenden ‚Wissenschaftler‘ in der Studie dann sind – dafür wird sich schon eine Gruppe von ‚Rassismus-Spezialisten‘ finden; und sicher werden auch Gruppen der ‚Zivilgesellschaft‘ dann etwas beisteuern“, sagt Curio.

Quellen: Afd intern, GdP, Handelsblatt und Rheinische Post.

Thomas Klostermann



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Stadtrat Marcus Lotzin informiert von der Gemeinderatssitzung vom 30.06.2020

- Pressemitteilung 06.07.20 -

Eigenbericht Gemeinderatssitzung vom 30.06.20

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurden einige öffentliche Tagespunkte besprochen. Der neue Schulleiter der Markgrafenschule Altensteig „Herr Schinko“ hat sich dem Gemeinderat vorgestellt. Alle waren positiv überzeugt worden. Ich hatte noch gefragt ob Herr Schinko dann auch gleichzeitig der Schulleiter vom SBBZ ist. Er kann leider nicht Direktor der Grundschule und gleichzeitig Direktor des SBBZ's sein. Ich habe noch zusätzlich die hervorragende Arbeit der beiden kommissarischen Schulleiterinnen „Fr. Neth“ und „Fr. Glück“ erwähnt, da die Arbeit von Plänen etc. bestimmt nicht immer einfach ist.

Herr Hirrle hat dem Gemeinderat den Quartalsbericht I. Quartal 2020 vorgestellt. Es war eine sehr gute Zusammenfassung. Die geplanten Einnahmen sind bei der aktuellen Lage nicht mehr zu erreichen. Herrn Bürgermeister Feeß habe ich nach der Ausführung von Herrn Hirrle gefragt, ob die Projekte daraufhin eine neue Priorität erhalten sollten. Die Antwort war, dass im September\Oktober die Aufgaben bzw. Projekte neu betrachtet werden. Ich hoffe nur, dass es keine Mehrbelastung der Bürger Altensteigs und Umgebung geben wird (Erhöhung der Stromkosten, Wassergebühren, Eintrittspreise Freibad und die Grundstückssteuer). Wo sich alle einig waren, dass bei der Bildung, den Schulen und bei den Kindergärten keine Kürzungen sein sollen. Die Neueinrichtung eines Spielplatzes für den Schlossgarten und den Kindergarten Welkerstraße wurden auch von allen positiv zugestimmt. Hier ist positiv hervorzuheben, dass der Spielplatz in gemeinsamer Arbeit mit dem Kindergarten abgestimmt worden ist.

Mit freundlichen Grüßen
Marcus Lotzin
Stadtrat, AFD



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Bericht im Schwarzwälder Boten über die Kreistagssitzung vom 20.07.2020

Donnerstag, 23. Juli 2020

Kreistag sagt Verkehrslärm den Kampf an

Der Landkreis Calw ist einer Initiative beigetreten, die sich gegen Motorradlärm richtet. Als Gäste will man die Biker freilich nicht verlieren

Kreis Calw (rob). Seit gut einem Jahr existiert diese Initiative, die auch von der Landesregierung unterstützt wird. Bereits mehr als hundert Städte und Gemeinden im Land haben sich ihr angeschlossen. Auch im Kreis Calw kommt es pünktlich zum Start der Frühjahrssaison jährlich zu Konflikten zwischen Motorradfahrern, die auf den gewundenen Schwarzwaldstraßen ihrem Hobby nachgehen wollen, und den Bewohnern insbesondere in den Tallagen, die sich vor allem am Wochenende von dem Verkehrslärm gestört fühlen. Die Folge: eine Vielzahl wütender Anrufe beim Landratsamt. In der Kreisverwaltung verweist man wiederum darauf, dass auch die Motorradfahrer ein Anrecht auf die Ausübung ihres Hobbys haben und auch einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor darstellen - als willkommene Gäste in der Gastronomie. Leugnen lasse sich aber auch nicht, so heißt es im Landratsamt, dass die Motorräder lauter geworden seien und die Verkehrsbelastung insgesamt zunahm. Mit einem Zehn-Punkte-Forderungskatalog will man nun den Lärm durch Biker eindämmen: So fordert die Initiative eine Überarbeitung der Genehmigungs- und Zulassungsregelungen, den Bau leiserer Motorräder und den Umstieg auf nachhaltige Mo-

bilität mit Elektroantrieb. Motorradfahrer werden zudem aufgefordert, rücksichtsvoll und leise zu fahren. Raser und auch eine lärmende Fahrweise müssten mit höheren Bußgeldern geahndet werden, verbunden mit einer stärkeren polizeilichen Überwachung. CDU-Kreisrat Klaus Mack betonte bei der Diskussion im Kreistag indes: »Wir sind gegen Motorradlärm, nicht gegen Motorradfahrer.« Und Sonntagsfahrverbote, wie sie die Initiative ins Spiel bringt, seien seiner Meinung nach »nicht der richtige Weg«. AfD-Kreisrat Günther Schöttle, selbst begeisterter Biker, sah die Motorradfahrer zu Unrecht allein an den Pranger gestellt: »Es gibt auch rüpelhafte Radfahrer, die Menschen belästigen.«

Leserbriefe

Der unten abgedruckte Leserbrief hat eine Vorgeschichte.....

Der Schwarzwälder Bote, in Person von H.Buckenmaier war bei der Kreisagsitzung am 20.07.20, als es darum ging, der Initiative gegen Motorradlärm beizutreten, hochselbst anwesend. In seinem dann erschienenen Artikel verbreitete er, unser Sprecher Günther Schöttle sei begeisterter „Biker“. Diese glatte Erfindung – man könnte auch Lüge sagen – passte dem „Journalisten“ offensichtlich in's Konzept – so konnte er die ablehnende Haltung der AfD-Fraktion wunderbar mit der Unterstellung „er ist selbst betroffen, deshalb stimmte er dagegen“, begründen. Wie gesagt: Einfach frei erfunden....., einfach in's Blaue hinein etwas behaupten...

Erst nach massiven Beschwerden wurde anstelle der von uns geforderten pressetechnischen Gegendarstellung diese nachstehende Richtigstellung in Leserbriefform veröffentlicht. Bevor es aber soweit war, musste dafür gekämpft werden und immer wieder fragt man sich: Warum lügen die so, warum sind sie so einseitig – warum berichten sie nicht wahrheitsgemäß? Selbst unsere eigene Regionalzeitung, die soviel Wert auf ihre angebliche Unabhängigkeit legt?

»Einige wenige schwarze Schafe«

BETRIFFT: »Kreistag sagt Verkehrslärm den Kampf an« vom 23. Juli

In der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause am 20. Juli ist der Landkreis Calw einer Initiative gegen Motorradlärm beigetreten. Die AfD-Fraktion stimmte als einzige dagegen, obwohl auch diese – wie alle anderen Parteien, jegliche unnötige Lärmerzeugung klar und deutlich verurteilte.

In dem Artikel des Schwarzwälder Boten vom 23. Juli wird der

Schreiben Sie uns!
 Schwarzwälder Bote
 Kirchstraße 14, 72202 Nagold
 Fax: 07452/83 73 33
 E-Mail: redaktionnagold@schwarzwaelder-bote.de

Ihre Briefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor.

Eindruck erweckt, es bestünde meinerseits ein persönliches Interesse, welches das Abstimmungsverhalten beeinflusst hätte, weil ich selbst begeisterter Biker, also Motorradfahrer sein soll. Das ist nicht richtig. Richtig ist, dass ich seit über 45 Jahren nicht mehr Motorrad fahre.

Die Begründung für die ablehnende Haltung der AfD-Fraktion für Fahrverbote für Motorradfahrer an Sonn- und Feiertagen war die unzulässige Inhaftungnahme aller Motorradfahrer für einige wenige schwarze Schafe. Diese könnten bereits jetzt mit den vorhandenen Mitteln und Gesetzen durch Polizei und TÜV wirkungsvoll bekämpft werden. Damit wäre sowohl dem berechtigten Schutz der Anlieger

als auch dem Recht der Biker genüge getan.

Stattdessen werden weitere Verbote gefordert, von denen es in Corona-Zeiten genug gibt. Die Initiative richtet sich im Ergebnis nicht nur gegen den unnötigen Lärm, den wenige Motorradfahrer verursachen, sie richtet sich im Ergebnis auch gegen Unbescholtene und auch gegen die bereits jetzt notleidenden Gastronomen, und sie folgt blind einem Verbotsfanatismus, der über kurz oder lang zu offenen Konflikten führen wird. Dies gilt es zu verhindern. Und abschließend: Kein Mensch käme auf den Gedanken trotz stark zunehmender Beschwerden über rüpelhafte Radfahrer das Radeln zu verbieten oder einzuschränken.

Günther Schöttle | Nagold



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
 Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
 Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
 Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
 Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
 Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Wieviel Mühe und Zeit es kostet, falsche Behauptungen richtigzustellen, wird durch einen Teil des nachfolgenden Schriftwechsels deutlich. Zuerst die Abstimmung mit unserem Rechtsanwalt, dann das Anschreiben an die Redaktion des SchwaBo mit der Bitte, die frei erfundene Behauptung richtigzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bitte nachstehende Gegendarstellung zu veröffentlichen:

Gegendarstellung:

Im Schwarzwälder Boten, Rubrik Nordschwarzwald ist am Donnerstag, den 23. Juli 2020 ein Beitrag über den Kreistagsbeschluss, dem Verkehrslärm durch Motorräder den Kampf anzusagen, erschienen. Die AfD hat diesem Beschluss nicht zugestimmt!

In Ihrem Artikel wurde der Eindruck erweckt, es bestünde meinerseits ein persönliches Interesse, die das Abstimmungsverhalten beeinflusst hätte.

In diesem Bericht wurden in Bezug auf meine Person unrichtige Tatsachen-Behauptungen verbreitet, die ich wie folgt richtigstelle:

1. Unwahr ist, dass ich selbst ein begeisterter Biker (also Motorradfahrer) sein soll. Diese Behauptung ist frei erfunden. Wahr ist, dass ich seit über 45 Jahren nicht mehr Motorrad fahre.
2. Unwahr ist, dass ich im Zusammenhang mit Motorradlärm, Radfahrer an den Pranger gestellt habe.

Wahr ist, dass ich mich gegen die von der Verwaltung fehlerhaft vorgetragene Lärmwerte ausgesprochen habe, die dazuhin messtechnisch fehlerhaft begründet wurden.

Richtig ist, dass ich illegale Abschaltvorrichtungen an Motorrädern abgelehnt habe und richtig ist fernerhin, dass ich ausgeführt habe, dass der durch illegale Auspuffanlagen unnötig erzeugte Lärm vom TÜV problemlos festgestellt werden kann und somit Fahrverbote für gesetzestreue Biker unverhältnismäßig sind.

Richtig ist ferner, dass ich ausgeführt habe, dass trotz sich häufender Beschwerden über rüpelhafte Radfahrer kein Mensch auf den Gedanken kommt, das Radfahren zu verbieten oder einzuschränken.

Ich fordere Sie hiermit auf, die vorstehende Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe Ihrer Zeitung unter der Rubrik Nordschwarzwald abzudrucken.

Sofern Sie dem Abdruck nicht nachkommen, werde ich unverzüglich gerichtliche Schritte einleiten.

Sie haben bereits die letzte geforderte Richtigstellung nicht veröffentlicht. Ich betrachte dies als Verstoß gegen das Presserecht.

Mit freundlichem Gruß
Günther Schöttle



Der zuständige Redakteur Hofmann des SchwaBo wollte aber keine „offizielle“ Gegendarstellung – sie würde die Glaubwürdigkeit der Zeitung in Frage stellen. Er schlug deshalb vor:

Sehr geehrter Herr Schöttle,
gerade hat mich Ihr Wunsch nach einer Gegendarstellung erreicht. Eine Gegendarstellung ist in meinen Augen die falsche Form. Mein Vorschlag: In einem Leserbrief können wir das gerne richtig stellen. Dieser könnte in etwa so lauten:
In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, es bestünde meinerseits ein persönliches Interesse, welches das Abstimmungsverhalten beeinflusst hätte, weil ich selbst begeisterter Biker, also Motorradfahrer, sein soll. Das ist nicht richtig. Richtig ist, dass ich seit über 45 Jahren nicht mehr Motorrad fahre.

Wären Sie damit einverstanden?

Auf diesen Vorschlag antworteten wir wie folgt: (auch hier ging eine Anwaltsbesprechung voraus)

Lesen Sie auf S. 22



Antwort auf den Vorschlag des Redakteurs:

Sehr geehrter Herr Hofmann,

Danke für Ihre Rückmeldung.

Unser Anwalt ist der Meinung, dass eine Gegendarstellung das richtige Mittel ist. Gegendarstellungen, so seine Aussage scheuten die Medien, weil u.a. die Glaubwürdigkeit damit hinterfragt würde. Er hat mir geraten, genau diese Gegendarstellung einzuverlangen.

Es ist ja unstrittig, dass diese Pressemeldung falsch, unvollständig und z.T. sogar frei erfunden ist.

Ich bin aber nicht auf die Welt gekommen, um mich mit dem Schwarzwälder Boten zu streiten, sondern um Politik für unsere Wähler zu machen.

Warum wir im Kreistag gegen diese Lärminitiative gestimmt haben, haben wir in der Sitzung am 20.07.2020 hinlänglich begründet. Es wurde aber leider von Ihrem anwesenden Kollegen Buckenmaier nicht so wiedergegeben. Vielleicht hat mein vorheriges Überholmanöver auf der B 463 seine Berichterstattung durcheinandergebracht.... 😊

Zurück zum Ernst:

Wir haben gegen diese Bemühung, Motorradfahrer im Allgemeinen zu maßregeln bzw. allen Motorradfahrern Fahrverbote aufzuerlegen aus folgenden Gründen widersprochen:

1. Die Corona-Einschränkungen verlangen zur Zeit von allen Bundesbürgern massive Opfer bzw. Einfügungsbereitschaft. Weitere Maßregelungen – egal von welcher Seite könnte irgendwann den Funken liefern, der benötigt wird, um die Unmut zur Explosion zu bringen. Wann bitteschön außer Samstag und Sonntag sollen berufstätige Motorradfahrer denn überhaupt noch ihrem Hobby nachgehen können? Normale Menschen arbeiten unter der Woche und viele davon sind nicht in der glücklichen Lage, rechtzeitig Feierabend machen zu können. Öffentliche Bedienstete haben hier manche Privilegien. Und: Es soll sogar Motorradfahrer geben, die ihr Gefährt beruflich nutzen müssen.
2. Unsere Gastronomie braucht jede Unterstützung. Es gibt Gasthäuser im Schwarzwald, die ohne Motorradfahrer überhaupt nicht mehr existieren können. Auch das wurde von mir der Sitzung betont, aber nicht vom Schwarzwälder Boten geschrieben.
3. Ich habe ferner gefragt: „Wo hört diese Politik der ständigen Einschränkungsauflegung auf“? Oder besser gesagt: Wo führt sie hin? (siehe Punkt 1)
4. In der Kreistagssitzung habe ich das Kontenabfragegesetz als Beispiel dafür erwähnt, wie anfangs erlassene Gesetze sich verselbständigen. Bei der Verabschiedung im Bundestag wurde den Bundesbürgern hoch und heilig versprochen, dass nur richterliche Anordnungen und begründete Verdachtsfälle diese Kontenabfragen auslösen würden. Geschätzt wurden von den Regierungsvertretern pro Jahr ca. 5.000 Anfragen. Mittlerweile sind weit über halbe Million Kontoabfragen in Deutschland die Regel geworden. Das Prinzip des steten Tropfens wird sich auch hier wiederholen.



Fortsetzung:

Das bedeutet: Was kommt als nächstes? Rasenmäher-Verbot, Wohnmobil-Verbot, Bootsbetrieb auf dem Bodensee-Verbot, Mountain-Bike-Verbot im Wald, Fallschirmsprung-Verbot, motorbetriebene Gartengeräte-Verbot (neben Rasenmähern gibt es auch noch Häcksler, Motorsägen, Laubsauger) Kuh- und Kirchenglocken etc, alles lässt sich verbieten. Die Verbote werden unseren Regulierungsfanatikern nicht ausgehen – das ist sicher.

6.Und als Abschlussatz habe ich in der Sitzung - wieder in Bezugnahme auf die vom Kreistag mit Mehrheit verabschiedete Lärminitiative folgende Bewertung vorgenommen: Natürlich gibt es lärmende Motorradfahrer über die sich viele Anwohner an beliebten Fahrstecken ärgern. Ja, das gibt es! Es gibt aber auch immer mehr Menschen, die sich über skrupellose Radfahrer ärgern und sich darüber beschweren - ohne dass deshalb eine Initiative gegründet wird und das Radfahren insgesamt in Frage gestellt wird, oder dass alle Radfahrer darunter leiden müssten.

Ganz nebenbei haben die Herrschaften auf dem Podium im Kreistag auch noch falsche technische Aussagen zu Geräuschangaben bei Motorrädern und insbesondere zu den Messmethoden vorgetragen. Streng genommen müsste also gegen diese Abstimmung Einspruch erhoben werden, weil sie unter falschen Voraussetzungen erlangt wurde.

Wir sind aber nicht im Kreistag um blödsinnige Fundamentalopposition zu betreiben. Natürlich müssen alle unnötigen Lärmquellen effektiv eingegrenzt werden. Dazu hat die Polizei aber jetzt schon die Möglichkeit, lärmuffällige Motorräder dem TÜV zuzuführen und professionell messen zu lassen. Eine Messung vor Ort mit nicht präzisen Geräten ist immer ungenau und damit angreifbar. Eine professionell durchgeführte Messung hat Bestand und ist somit juristisch nicht angreifbar. Schöner ist es natürlich, direkt vor Ort zu kassieren. Macht sich für alle Akteure gut.

Das waren unsere Argumente. Die Initiative besteht demgegenüber auf „drakonische Strafen“ – wir finden die Drohung mit drakonischen Stufen etwas antiquiert.

Lange Rede kurzer Sinn: Ich bin einverstanden, einen Leserbrief zu schreiben, aber unter der Bedingung, dass die vorgenannten Argumente ebenfalls veröffentlicht werden und das Verbreitungsgebiet gleich ist wie im beanstandeten Artikel.

Ich würde wie folgt formulieren:

Der Formulierungsvorschlag wurde dann als Leserbrief in vollem Wortlaut veröffentlicht (vgl. Seite 20)

Das war für uns in Ordnung, diesen Kompromiss konnten wir vertreten.
Aber: Warum immer und immer wieder gezielte Unwahrheiten, warum immer wieder Desinformation der Bevölkerung, warum immer wieder undemokratische Verhaltensmuster der Medien?

Die Medienleute merken offensichtlich noch immer nicht, dass sie sich damit selbst auf lange Sicht unglaubwürdig machen – und damit der Demokratie schaden!



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (VidG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Leserbriefe

Dieser Leserbrief von Hermann Walz wurde sowohl im Schwarzwälder Bote als auch in der Südwestpresse veröffentlicht

Hermann Walz

Laurentiusstr. 84
72160 Horb-Talheim
Tel: 07486-96196
Mobil: 0152 0 6525001
h.walz@gmx.de

H. Walz-Laurentiusstr.84-72160 Horb

Schwarzwälder Bote
Südwest Presse

Leserbrief auf den offenen Brief von Herrn Kern, MDL, zur Kreissparkasse

Trittbrettfahrer mit Profilneurose?

Eine Unterschriftenaktion von Bürgern in Ihrem Wahlkreis ist Populismus? Soll man nicht protestieren dürfen, wenn Filialen geschlossen werden? Die Kreissparkasse ist eine Institution öffentlichen Rechts und der Verwaltungsbeirat hat dem allem zugestimmt. Warum kritisieren Sie nicht, dass hier auch Mitglieder Ihrer Partei zugestimmt haben? Die einzige Kreistagsfraktion, die sich dem Thema angenommen hat, war die AFD. Und das ist es, was sie stört, gelle?

Meine offenen Briefe an die Kreissparkasse und an den Landrat bezogen sich immer darauf, dass nun nicht einmal mehr Bankautomaten vorhanden sind. Angesichts des beschämenden ÖPNV ist es eine Zumutung, wenn man Bargeld benötigt. Nicht jeder kleine Laden in den Ortschaften hat ein EC-Bezahlsystem.

Es ist kein Lehrmeister aus Tübingen von Nöten, der nach Monaten mal wieder etwas für seinen Wahlkreis tun möchte. Gespräche über die gemeinsame Nutzung von Bankautomaten, wie dies in vielen ländlichen Gebieten Baden-Württembergs praktiziert wird, sind auch schon gemacht. Mein Dank gilt da insbesondere den Herren Beck und Fuchtel von der CDU, die sich mit mir in Verbindung gesetzt haben, um das Thema zu erörtern. Seitens der FDP und der SPD kam Null.

Es ist nun schon das zweite Mal, dass Sie meinen, sich lobpreisen zu müssen, nachdem andere bereits aktiv waren. Sie erinnern sich sicherlich noch an den Bahnübergang Talheim. Bis Sie in Tübingen überhaupt wussten, dass sich dieser gefährliche Übergang in Ihrem Wahlbezirk befindet, waren Mitsreiter und ich schon längst tätig. Das Landesverkehrsministerium hat mir damals schon mitgeteilt, wie das Ganze gelöst werden wird. Da hatten Sie noch keinen Brief an die Bahn geschrieben. Im Übrigen ist die Brücke bereits planfestgestellt, falls dies noch nicht in Tübingen angekommen ist. Sie sind doch erst aus dem Dornröschenschlaf erwacht, als ich dafür sorgte, dass die Bild Stuttgart sich des Themas annahm und der Bericht in der lokalen Presse über den Besuch des Alterspräsidenten, Dr. Kuhn, AFD, erschienen ist. Blöd gelaufen, dass die AFD hier näher am Bürger ist, als der direkte Wahlkreisabgeordnete der FDP.

Nur weil in beiden Fällen, die mit Politik nichts am Hut hat, sondern lediglich mit Menschen im Landkreis, die AFD jedes Mal dabei war, glauben Sie nun wieder einmal, sich in den Vordergrund stellen zu müssen, um dem Bürger zu zeigen, ich Superdemokrat bin an Eurer Seite.
Boa!!

Hermann Walz
Gemeinderat für die ULH Wählervereinigung



Kreisverband Calw/Freudenstadt

Kreisverband Calw-Freudenstadt * Kreisgeschäftsstelle * Am Lenzenrain 4 * 72202 Nagold *
Tel.: 07452 /9 31 63 40 und Tel.: 07452/8 38 94 69 (außerhalb der Geschäftszeiten)
Bankverbindung * Sparkasse Pforzheim Calw * IBAN: DE74 6665 0085 0008 9712 69 *
Sprecher Günther Schöttle Email: geschaeftsstelle@afdcwfds.de Homepage: <http://cw-fds.afd-bw.de>
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (ViSdG): Günther Schöttle, Sprecher des
Kreisverbandes Calw-Freudenstadt

Weisheit des Tages:

*Man sollte dem anderen die Wahrheit
wie einen Mantel hinhalten,
dass er hineinschlüpfen kann,
und sie ihm nicht wie einen nassen Lappen
um die Ohren schlagen.*

(Max Frisch, Schweizer Schriftsteller +)



zu guter Letzt...

